

Herrn Präsident
Honorarkonsul Ing. Peter Nemeth

Wirtschaftskammer Burgenland
Robert Graf Platz 1
7000 Eisenstadt



21. April 2022

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Burgenland am 18.05.2022

Betriebe entlasten – Arbeit schaffen – Wohlstand sichern

Die angeblichen Versuche, die COVID-Pandemie und den Klimawandel mit teils völlig überambitionierten Maßnahmen zu bekämpfen, setzen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer zunehmend unter Druck. Die Folgen sind, dass für Unternehmer in Zeiten eines spürbaren Fachkräftemangels immer weniger qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen, die wiederum ebenfalls durch explodierende Preise für Energie, Treibstoff, Lebensmittel, Wohnen usw. unter Druck geraten und bei massiver Inflation und sinkenden Reallöhnen ihr Auskommen finden müssen.

Mitschuld sind hier die in Österreich exorbitant hohen Lohnnebenkosten; eine Senkung dieser würde **'mehr Netto vom Brutto'** und damit mehr Bewegung am Arbeitsmarkt bedeuten. Mangelnde Qualifikationen von Arbeitssuchenden schwächen die Betriebe zusätzlich.

Die NoVA-Reform und eine CO₂-Steuer haben lediglich einen einzigen Lenkungseffekt, nämlich dass KFZ-Lenker in Zukunft mehr bezahlen müssen ohne dass das auch nur irgendeine Auswirkung auf das Weltklima hat. Dabei sind die Betriebe durch hohe Unternehmenssteuern im internationalen Wettbewerb ohnehin massiv benachteiligt; Körperschaftssteuern und Kalte Progression schwächen zusätzlich den Wirtschaftsstandort.

Die nachstehende Delegierte stellt daher folgenden

ANTRAG:

Die Wirtschaftskammer Burgenland sowie die Organe der WKÖ werden aufgefordert, sich für faire Arbeitsbedingungen und gegen Belastungen der österreichischen Wirtschaft sowie für alltagstaugliche Bedingungen in der Arbeitswelt einzusetzen, da es im Interesse der Betriebe liegt, qualifizierte Arbeitnehmer gewinnen und halten zu können. Dazu werden nachstehende Maßnahmen bei der Bundesregierung und den dafür zuständigen Stellen mit Vehemenz eingefordert:

Dazu gehört:

- Senkung der Körperschaftssteuer auf unter 20%
- Senkung weiterer einkommensbezogener Steuern
- Senkung der Lohnnebenkosten
- Abschaffung der „kalten Progression“ mittels Tarifreform
- Rücknahme der NoVA Erhöhung
- Nein zu geplanter Co2-Bepreisung



Petra Wagner

Delegierte zum Wirtschaftsparlament